



Kreistagsfraktion

Ludger Nuphaus
Helenenstr. 1
55543 Bad Kreuznach
Tel./Fax: 0671-44645
LNuphaus@t-online.de

Allgemeine Zeitung - Redaktion

Oeffentlicher Anzeiger - Redaktion

28. November 2003

Pressemitteilung

Kreisetat der Superlative

Der Kreishaushalt des Jahres 2004 ist nach Meinung der Grünen eine Etat der negativen Rekorde und wird deshalb von der Fraktion nicht mitgetragen.

„Sowohl der Fehlbedarf des Verwaltungshaushaltes mit 14 Mio. € als auch der Schuldenstand des Kreises mit 55 Mio. € sind rekordverdächtig“, erläutert Fraktionssprecher Ludger Nuphaus nach den Beratungen des Etats in der Fraktion. „Wir können nicht erkennen, dass der Kreis alle Möglichkeiten zum Sparen ausschöpft. Somit wird die Verschuldung weiter hoch getrieben.“ Um die aufgezeigten Defizite decken zu können, ist jetzt nach Meinung der Grünen eine Finanzierung über Kassenkredite notwendig. „Hierfür soll der Kreistag ein Limit von 20 Mio. € billigen. Damit sind allerdings Zinsausgaben von 200.000 € in komenden Jahr verbunden“, so Nuphaus.

Für die Grünen ist klar, dass es nun darum gehen muß, die Aufgaben des Kreises kritisch zu prüfen. „Muß der Kreis weiterhin den Bau von Altenheimen subventionieren, obwohl es dafür weder eine Notwendigkeit noch eine Rechtsgrundlage gibt“, fragt Kreistagsmitglied Hans-Walter Spindler. „Das Land hat dies schon im vergangenen Jahr erkannt und die Subventionierung eingestellt“, so Spindler.

Auch die Verschiebung von Straßenbausanierungsprojekten ist für die Grünen kein Tabu. „Es kann doch nicht angehen, dass Gelder, die nach einer Ausschreibung nicht gebraucht werden, gleich wieder in neue Projekte gebuttert werden, die erst in zwei bis vier Jahren fällig wären. Das ist weder für die Schuldenentwicklung des Landes noch des Kreises vorteilhaft“, hebt Rainer Helfenstein hervor.

Die Grünen kündigen an, zu Kreistagssitzung Vorschläge zur Schuldenminderung zu unterbreiten. „Dazu gehört auch, dass in der Stadt Bad Kreuznach über einen gemeinsamen Betrieb der Kraftfahrzeugzulassungsstelle nachgedacht wird. Ferner muß der Verkauf von frei werdenden Gebäuden zeitnah erfolgen und darf nicht in erst im übernächsten Jahr eingeplant werden“, so Nuphaus abschließend.